



17.3067

Motion Dobler Marcel.

**Wenn die Schweiz
teure Spezialisten ausbildet,
sollen sie auch hier arbeiten können**

Motion Dobler Marcel.

**Si la Suisse paie la formation coûteuse
de spécialistes, ils doivent
aussi pouvoir travailler ici**

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 20.09.18

Dobler Marcel (RL, SG): Wie sinnvoll ist es, dass die Schweiz jährlich 1700 Hochschulabgänger aus Drittstaaten hat und davon lediglich 10 Prozent im Inland bleiben dürfen? Davon sind über 1000 aus den Mint-Fächern, wo ein ausgewiesener Fachkräftemangel besteht. Dies ist ein grober volkswirtschaftlicher Fehler. Bereits im Jahr 2010 wurde anerkannt, dass ausländische Hochschulabsolventen wichtige Fachkräfte für den Schweizer Arbeitsmarkt sind und dass es nicht sinnvoll ist, deren Ausbildung zu finanzieren, ohne dass der Schweizer Arbeitsmarkt danach von ihnen in jedem Fall profitieren kann.

Deshalb fordere ich in meinem Vorstoss, dass in der Schweiz ausgebildete Spezialisten das Land nicht verlassen müssen, weil die Kontingente in den Kantonen oder beim Bund ausgeschöpft sind oder die Prozesse einfach so kompliziert sind, dass sie für diese Personen oder auch für KMU unzumutbar sind. Die sogenannten Vereinfachungen genügen nicht. Das zeigen die Zahlen und auch Meldungen von Betroffenen. Die

AB 2018 N 1507 / BO 2018 N 1507

Schweiz verliert sonst weiterhin rund 90 Prozent der hier ausgebildeten Fachkräfte. Diese Leute sind aber bereits gut integriert und können sich als spezialisiertes Personal sofort im Unternehmen einbringen. Zudem treiben viele ausländische Hochschulabsolventen oftmals nach ihrem Studium innovative Projekte als Start-ups voran – genau die Art von Innovation, die die Schweiz braucht. Deshalb fordere ich, dass Abgänger aus Drittstaaten, gerade in Bereichen mit ausgewiesenem Fachkräftemangel in Mint-Berufen, künftig einfach und unbürokratisch in der Schweiz bleiben dürfen, sodass die Schweizer Volkswirtschaft von dem investierten Geld auch profitieren kann. Anders als der Bundesrat in der Antwort schreibt, ist dies in der Praxis nach wie vor ein Problem. Deshalb braucht es hier zwingend eine Ausnahme.

Ich bitte Sie, die Motion für eine volkswirtschaftlich sinnvolle Investition gutzuheissen.

Sommaruga Simonetta, Bundesrätin: Der Motionär möchte, dass ausländische Absolventinnen und Absolventen von Schweizer Hochschulen aus Bereichen mit ausgewiesenem Fachkräftemangel einfach und unbürokratisch in der Schweiz bleiben und hier arbeiten können. Er möchte deshalb, dass der Bundesrat diese Personen nicht mehr den Kontingenten anrechnet.

Es ist für den Bundesrat klar, dass ausländische Absolventinnen und Absolventen von Schweizer Hochschulen wichtige Fachkräfte für unseren einheimischen Arbeitsmarkt sind. Es ist auch so, dass ein grosser Teil der ausländischen Studierenden nach dem Abschluss ohne Weiteres in der Schweiz arbeiten kann: Alle, die im Rahmen der Personenfreizügigkeit, also faktisch aus dem EU-Raum, in die Schweiz kommen, haben einen offenen Zugang zum Arbeitsmarkt – zumindest solange die SVP-Initiative zur Kündigung dieses Abkommens noch nicht durchgekommen ist. Denn dann hätten sie diese Möglichkeit natürlich auch nicht mehr, dann müsste man auch für sie über Kontingente feilschen. Alle, die aus dem EU-Raum kommen und hier studieren, können sich problemlos auf dem schweizerischen Arbeitsmarkt bewegen und eine Stelle antreten.

Die Drittstaatenangehörigen – das wissen Sie – regeln wir hingegen über Kontingente. Es ist Ihr Wunsch, dass wir Drittstaatenangehörige mit Kontingenten regeln und das auch beschränken. Wir steuern die Zuwanderung





in den Arbeitsmarkt mit diesen Kontingenten, und der Bundesrat sieht zurzeit keinen Anlass, dort zusätzliche Ausnahmen zu schaffen. Es ist für den Bundesrat immer ein bisschen speziell: In der ersten Hälfte des Morgens – ich übertreibe jetzt ein bisschen – sprechen Sie über die Einschränkung der Zuwanderung, sagen, es würden zu viele kommen, und in der zweiten Hälfte des Vormittags haben wir Vorstösse dazu, wie man mehr Leute reinlassen könnte. Ich habe noch mehr Vorstösse bei mir, die fragen, wie man die Grenzen öffnen und die Leute hereinholen kann, damit sie bei uns bleiben können. Das ist für den Bundesrat immer ein bisschen schwierig, um nicht zu sagen schizophren. Aber wir bewältigen das.

Drittstaatenangehörige mit Schweizer Hochschulabschluss haben bereits heute – das möchte ich schon noch festhalten – einen erleichterten Zugang zum Arbeitsmarkt. Bei dieser Personenkategorie – das haben Sie so entschieden, und ich glaube, das war auch eine gute Idee – kommt der Inländervorrang nicht zur Anwendung, wenn ihre Erwerbstätigkeit von hohem wissenschaftlichem Wert oder wirtschaftlichem Interesse ist, und das ist häufig gerade im Mint-Bereich so. Sie haben entschieden, dass da der Inländervorrang nicht gilt und der Arbeitgeber nicht zuerst schauen muss, ob es in der Schweiz die entsprechenden Fachkräfte gibt.

Das Staatssekretariat für Migration bewilligt jährlich etwa 150 bis 200 Anträge mit solchen Arbeitersuchen im Rahmen der bewilligten Kontingente. Sie sehen, die Zulassung für Fachleute aus Europa ist kein Problem, solange wir die Personenfreizügigkeit haben. Für Drittstaatenangehörige gilt der Inländervorrang nicht, wenn sie aus diesen speziellen Berufen kommen. Das betrifft vor allem den Mint-Bereich. Es wird heute schon ziemlich viel bewilligt. Der Bundesrat ist der Meinung, dass, wenn Sie jetzt zusätzlich noch die Schleusen öffnen würden, Sie dann eigentlich nicht das täten, was die Bevölkerung immer wieder signalisiert und was auch politisch intensiv diskutiert wird.

Wir bitten Sie, diese Motion abzulehnen.

Le président (de Buman Dominique, président): Le Conseil fédéral propose de rejeter la motion.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 17.3067/17580)

Für Annahme der Motion ... 143 Stimmen

Dagegen ... 41 Stimmen

(2 Enthaltungen)